

Wöchentlich, Bezugspreis für Deutl. 3,00 M. einschli. Postgebühren. Anzeigenpreise: Die 1. Spalte, 20 Spalten, 3 Zeilen, 1 M. Einzeilergebühren für Zeitabholer 20 Spalten, bei Ueberlieferung durch die Post ankommen. Preisdruck Einzel-Nr. 10 Spalten, Sonntags-Nr. 15 Spalten. Geschäfts-Teil: Friedrich Riese in Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz für unedel u. v. Fernruf überm. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unerlangt eingekamte u. m. Rückporto nicht v. rührende Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2-3 Uhr nachmittags. Hauptdruckerei: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Kristall und Glas für jede Tafel B. LIEBIG Grunaer Str. 23 Dresden

Sächsische Volkszeitung

Dresdner Fischhallen A.-G. Webergasse 17 v. A. m. 1. S. 1. Seite Fernruf 21024 29736 13455

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Sächsische Buchdruckerei G.m.b.H., Dresden R. L. Bolzestraße 17. Fernruf 21012. Postfachnummer Dresden 14797. Bankkonto: Dresdner Bank, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Alte Markt 15, Postfach 17, Fernruf 20711 und 21012.

Linoleum Teppiche **C. Anschütz Nachf.** **Läuferstoffe Diwanddecken Reisedecken :: Felle ::**
DRESDEN, Altmarkt 15

Bayerische Wandlungen

Es ist in Bayern üblich, jedes Jahr im November, des Hiltrerpustches von 1923 zu gedenken, rückblickend, kritisch oder enthüllend. Denn immer noch wühlt die Neugier in den verwickelten Vorgängen dieser Tage. Unter ernsthaften Leuten freilich steht das Urteil über die damaligen Ereignisse und ihre Folgen fest. Zu diesen Folgen gehört die entscheidende Schwächung des bayerischen politischen Eigenlebens. Hitlers und Ludendorffs Scharen haben Berlin in die Hände gearbeitet, demselben Berlin, gegen das sie losmarschieren wollten. Damit verbunden ist eine Schwächung des bayerischen Ansehens und Einflusses im Reich. Die sorgsam ausgearbeiteten Denkschriften zur föderalistischen Umgestaltung der Verfassung von Weimar hatten keinen Erfolg. Die Versuche von bayerischen Ministern in Berlin und von Reichsministern in München zeitigten nichts Greifbares. Und heute steht Bayern im Verzweiflungskampf um einen erträglichen Finanzausgleich.

Wie kommt es, daß ein Land von 7 Millionen Einwohnern, seit der Regierung Held auch innerlich beruhigt und gefestigt, so wenig Einfluß übt? Bayern wollte der Hort des deutschen Föderalismus sein und konnte es. Die meiste Aussicht dazu bestand unter Eisner. Nur sein jüdisches Literaturtum hinderte ihn, einen volkstümlichen Bayern- und Bauernstaat zu schaffen. Es ward eine Räterepublik daraus, besetzt mit norddeutscher Hilfe. Aus der dann folgenden Reaktion entstand das, was von Kahr bis Knilling den bayerischen Föderalismus vorstellte. Es war äußerlich sehr stark und laut. Man denke an den bayerischen Widerstand, gegen das Gesetz zum Schutze der Republik. Innerlich war es schwach. Denn in diesem Auftrumpfen mit bewaffneten Verbänden, schwarz-weiß-roten Fahnen und Vollweiskäpanen gegen Fremde kämpfte nicht Altbayern. Oder es bestand sich höchstens als willenloser schwerer Sturmbock in der Front. Die Führung hatte K r a h r u n d B a y e r n, der napoleonische Staat einer liberalen Bürokratie. Seine Tendenzen hatten sich verklärt seit den Tagen Max II., der die Nordlichter an Münchens Hochschule berief, dann seit der Reichsgründung und zuletzt mit dem Einströmen norddeutscher Junker und Militärs ins gelobte Land des fränkischen Protestantismus Kahr. Altbayern ist anders. Es ist katholisch, konservativ, bäuerlich. Es ist Altmühl, Oberammergau, Frauenchiemsee, Neubayern ist Ausbach, Bayreuth, Erlangen, sind die Schöpfung Ludwigs II. und die Staatskanzleien in München. Diese Richtung, die schon das Königreich beherrschte, ist nicht deutsch-föderalistisch, sondern romonisch-zentralistisch und noch außen partikularistisch. Sie hält auf den bayerischen Staat, versteht aber darunter nicht das schwebende Haus eines hernach Volkstums, sondern ihre bürokratischen Machtbesugnisse. Der Föderalismus im übrigen Deutschland ist ihr gleichgültig, ja verdächtig. Denn Artikel 18 der Reichsverfassung könnte auch einmal auf die Pfalz angewandt werden. Und so geht man im entscheidenden Augenblick lieber mit dem größten Partikularismus, dem preussischen, als mit den Föderalisten in Hannover oder mit dem reichsreifen Zentrum. Beide denken zwar nicht daran, die Trennung der Pfalz von Bayern zu fördern, wohl aber denkt der preussische Partikularismus daran, ein deutsches Land nach dem anderen seinem Großstaat einzuwerfen. Er macht am Main nicht Halt, wenn er erst (vielleicht einmal in Hessen) am Südrufer steht. Dann dürfte sich Bayern zu spät fragen, ob es nicht besser getan hätte, bei einer radikalsten Neugliederung des Reichs selbst ohne die Pfalz ins große freie Deutschland einzugehen, als mit der Pfalz in den großpreussischen Abgrund zu fahren.

Es ist nun im Anschluß an die löbliche Gewohnheit, im November des Hiltrerpustches zu gedenken, interessant festzustellen, wieviel sich seit 3 Jahren geändert hat. Der Hiltrerpustch hat den geschildderten bayerischen Partikularismus mit seiner inneren Schwäche, ja mit seiner heimlichen Sympathie für Berlin und Preußen ad absurdum geführt. Heute steht er vor dem völligen Scheitern. Der Boden wird hohl unter ihm. München wird nicht mehr von den schwarz-weiß-roten Verbänden beherrscht. Ihre Hochburg ist heute das von Haus aus protestantische Nürnberg. Dagegen macht in der

Eine Geßler-Krise?

Der Pressefeldzug gegen den Reichswehrminister — Was muß jetzt geschehen?

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Berlin, 30. November.

Man muß es zugeben: In der Reichswehr stimmt nicht alles. Aber man muß auch weiter aussprechen, daß der amtierende Reichswehrminister Geßler nun auch nicht gerade als Sündenbock für alles das, was sich nicht halten und verteidigen läßt, herangezogen werden kann.

Man muß sich nur einmal vor Augen führen, unter welchen widrigen Verhältnissen Minister Geßler bisher arbeiten mußte. Er übernahm ein Heer, das mindestens in seinen führenden Schichten vollständig auf der alten Tradition ruhte, dessen Führer innerlich mit dem neuen Staat nichts gemein hatten. Und es oblag ihm die Aufgabe, dieses Heer zu einer Schutztruppe und Waise gegen innere und äußere Gefahren zu machen, denen dieser neue Staat ausgesetzt ist. Daß in all den Jahren, in denen Geßler unter den schwierigsten Verhältnissen sein Amt führte, es ihm gelungen ist, solche Prüfungen zu bestehen, wie sie uns der Kapp-Putsch bereitete, daß es ihm gelungen ist, über den Ludendorff- und Hitler-Aufstand hinwegzukommen — wer es verstanden hat, die Zerstückelungsleistungen, die oft genug die Reichswehr zu erreichen drohten, wieder zu meistern, alles das bedeutet ein Verdienst, das uns die nigen gerecht würdigen können, die sich ein Bild über die ungeheuren Widerstände und Schwierigkeiten zu machen vermögen.

Eine Reichswehr aber, die nicht das Volkvertrauen sich zu erwerben vermag, wäre eine unzulängliche Waise. Die Art, wie Geßler dieses Vertrauen für die Reichswehr zu schützen suchte, machte seine Persönlichkeit nur noch umso sympathischer. Die schwerste Belastungsprobe, die Entlassung des Generals Seeckt, hat Geßler ausgezeichnet bestanden. Das war der Moment, in welchem die Reichswehr unter Geßlers Führung zweifellos den kritischen Punkt der Vertrauenskrise überwandelt hatte.

Nun aber wehren sich in der letzten Zeit immer wieder von den Linksparteien ihr Materialveröffentlichungen über Zustände innerhalb der Reichswehr, namentlich über eine unheilvolle Zwittrerrolle bestimmter in der Reichswehr führender Per-

sonlichkeiten, über Maßnahmen und Einrichtungen, so namentlich über unbefugte Geldsammlungen und unerlaubte Abteilungen von sogenannten Sportverbänden mit unklaren Zwecken, daß neuerdings wieder eine lebhafte Debatte über die Reichswehr im allgemeinen und über die Stellung Geßlers im besonderen sich entwickelt hat. Man spricht auch bereits wieder von einer Geßler-Krise. Wir müssen allerdings auch zugeben, daß gewisse Dinge vorliegen die einfach nicht mehr gerechtfertigt werden können, aber wissen andererseits auch, daß der Reichswehrminister mit aller Energie auf die Abstellung dieser Mängel hinarbeitet. Richtig ist, daß Geßler vielfach sich zu entgegenkommend und zu weich verhalten hat und daß dieses Entgegenkommen und diese Nachsichtigkeit bestimmte, sicherlich auch heute noch in der Reichswehr vorhandene, dem neuen Staat feindlich gestimmte Kräfte ernährt haben. Hier wird der Reichswehrminister ohne Schonung von Ansehen und Person durchgreifen müssen. Daß er das vermag und daß er das will, hat er ja im Fall Seeckt ganz deutlich gezeigt.

Wir wehren uns gegen die Geßler-Krise, denn wir sehen nicht den Mann, der eine Persönlichkeit wie Geßler in dieser Zeit zu ersetzen vermag. Nicht nur die Zeitverhältnisse, unter denen Geßler arbeitet, sondern auch die lange Dauer seiner Amtsführung trotz aller innerer und äußerer Schwierigkeiten, in deren Mittelpunkt immer wieder die Reichswehr stand, beweisen, daß Geßler der richtige Mann an der richtigen Stelle ist. Wir haben zu Geßler das Vertrauen, daß er Mißbilligkeiten, die zweifellos vorhanden sind, auszuräumen weiß, denn die ganze bisherige Tätigkeit Geßlers war ein Beweis dafür, daß er die Reichswehr zu einem sicheren und brauchbaren Instrument zum Schutze des Staates heranzubilden. Am liebsten liegt es bei Geßler selber, daß er, getragen von diesem Vertrauen, das ihm trotz aller Bekämpfungen von Links her die weitesten Kreise der deutschen Bevölkerung entgegenbringen, mit Energie durchgreift und diejenigen Widerstände beseitigt, die dem restlosen Vertrauen der Bevölkerung zur Reichswehr heute noch im Wege stehen.

Hauptstadt des Reichsbanner Schwarz-rot-gold merkliche Fortschritte. Der Feuerschutzlogte völlig umgestört. Und was früher nicht denkbar gewesen wäre: die Universität flaggt dieser Tage zu ihrer Hundertjahrfeier schwarz-rot-gold.

Die stärkste Partei im Lande, die Bayerische Volkspartei, ist auch schon lange kritisch geworden. Laut regnen sich in ihr die Stimmen, daß bayerischer Föderalismus doch etwas anderes sei als eine Zustück zur Bismarckschen Reichsidee. Die Parteipresse in Nordbayern, im Süden die „Wrosburer Postzeitung“ und die Münchner Wochenschrift „Allgemeine Rundschau“ betonen dies immer wieder. In letzterer hat z. B. Professor F. H. Goeremann, ein Publizist, den man als den letzten Altbayern bezeichnen könnte, in einem Artikel „Die Entbayernung Bayerns“ seinem Volk einen Spiegel vorgehalten. — Wie bekannt, spricht man auch wieder freundlicher von einer Annäherung oder sogar Rückkehr zum Zentrum. Hieraus ist ein Konflikt entstanden zwischen der Bayerischen Volkspartei und dem Heimat- und Königsbund. Ein Konflikt, der die Lage überaus grell beleuchtet. Der Heimat- und Königsbund hatte in seinem Vereinsblatt äußerst scharf Stellung genommen gegen jede Gemeinschaft der Volkspartei mit dem Zentrum. Die Partei würde dann nicht mehr auf die Stimmen der Bundesmitglieder rechnen können. Der Artikel erregte in den leitenden Kreisen der Bayerischen Volkspartei schweren Anstoß und gab Anlaß zwischen ihr und dem Heimat- und Königsbund, wie er neuerdings geworden ist, eine scharfe Grenze zu ziehen. Seit zu Beginn des Jahres 1925 auf Dr. Heimatsrecht die alte großdeutsch-föderalistische Bundesleitung verdrängt wurde, ist der Heimat- und Königsbund einem rein reaktionären Mon-

archismus anheim gefallen. Er scheint die beste Gewähr für die Auferstehung des Königreichs Bayern in einer Rückkehr des preussisch-deutschen Kaiserturns zu erblicken. Sein Geschäftsführer Erwein Reich v. Aretin hat in Dr. Eberles Wochenschrift „Schönere Zukunft“ einen Aufsatz über Föderalismus veröffentlicht, worin er die Unantastbarkeit Preußens vertritt. Die Wünsche der Hannoveraner nennt er erfindlich wertvoll, weiß sie aber politisch ab. Man muß wissen, daß Reich v. Aretin der Nachkomme eines der talentvollsten Helfer des Grafen Montgelas in der Organisation des Königreichs von Napoleons Gnaden und in der Säkularisation der Kirchengüter ist. (Dem Katholizismus des lebenden Aretin wollen wir dabei nicht zu nahe treten.) Er sieht ferner im Ausschussrat der Kreuzzeitung. Da der Heimat- und Königsbund sonst nicht über allzu viel Köpfe verfügt, darf man aus dieser Charakteristik auf seine Gesamtrichtung schließen. Daß sie den katholischen Bayern nicht zuzagen kann, widerlegt selbst nicht die große Eintauchverbreitung dieser mit allen Mitteln des schmetternden Vereinsbetriebs arbeitenden Organisationen. Immerhin braucht die Klärung Zeit. Wie weit der Parteitag der Bayerischen Volkspartei am 4. und 5. Dezember sie fördert, muß abgewartet werden. Für die Zukunft muß man ganz sicher mit bedeutenden Wandlungen in Bayern rechnen.

Der Preussische Landtag tritt am heutigen Dienstag zusammen, um noch eine Reihe von Volksgesetzen vor den Reichstageskammern abzuhalten. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung steht eine große Anfrage der Kommunisten, die sich gegen den Vorstehenden des Landesberger Schwurgerichts richtet. Außerdem stehen kleine Vorlagen zur Verhandlung.